Winterthur, 23. Februar 2018

An die Medien

Lancierung Initiative „Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten“

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlich Willkommen zur Medienkonferenz zur Lancierung der Initiative „Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten“.

An der Medienkonferenz nehmen teil:

Katharina Gander	Geschäftsstellenleiterin Mieterverband Winterthur, Gemeinderätin AL
Mattea Meyer	Nationalrätin SP, Co-Präsidentin SP
Renate Dürr	Gemeinderätin Grüne, Co-Präsidentin Grüne
Nico Feer	Vertreter IG Obertor

Katharina Gander, Geschäftsstellenleiterin Mieterverband Winterthur, Gemeinderätin AL

Warum braucht es diese Initiative?

Nachdem die Winterthurer Stimmbevölkerung Ende November 2016 den Baukredit für das neue Polizeigebäude bewilligt hat, besteht nun die Gewissheit, dass sämtliche von der Stadtpolizei genutzten Liegenschaften im Bereich Obertor und Badgasse frei werden. Damit stehen auf einem Areal von rund 6100 Quadratmetern wertvolle innerstädtische Gebäude- und Freiflächen für eine neue Nutzung zur Verfügung.

Ein vorgängig von Seiten Stadt durchgeführtes Testplanungsverfahren hat gezeigt, dass sich mit einer Umnutzung die Chance ergibt, die gesamte Innenstadt zu beleben und nachhaltig zu stärken. Der Standort ist ideal für ein Projekt, das nachhaltige Lebens- und Arbeitsstile begünstigt und trotzdem den Charakter des Obertors mit seinen kleinen Läden und Lokalen bewahrt und stärkt.

Damit ein attraktives, vielseitiges und lebendiges Stück Altstadt entstehen kann und nicht wie vom Stadtrat vorgesehen ein Boutiquehotel und Wohnräume im Luxussegment, hat der Mieterverband, SP, AL, Grüne, IG Obertor und der Bewohnerverein Altstadt entschieden, eine Initiative zu lancieren, die dank klaren Leitplanken dazu beiträgt, dass ein lebendiges Stück Altstadt entstehen kann. Bis spätestens am 8. August 2018 müssen die 1 000 nötigen Unterschriften bei der Stadtkanzlei eingereicht werden.

Mattea Meyer, Nationalrätin SP, Co-Präsidentin SP

Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten

Die Initiative „Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten“ verlangt, dass das Obertor in städtischem Eigentum bleibt und das Areal im Baurecht an einen gemeinnützigen Bauträger abgegeben wird, damit bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume entstehen können.

Konkret heisst es im Initiativtext:

„Das gesamte durch den Wegzug der Polizei freiwerdende Areal am Obertor soll im Volksvermögen, das heisst in städtischem Eigentum bleiben ...

Wenn das Areal in städtischer Hand bleibt, kann die Bevölkerung auch in Zukunft darüber entscheiden, wie sich das Obertor im Herzen der Altstadt entwickeln soll. Zudem wird so garantiert, dass die künftige Wertsteigerung des Areals dem Volksvermögen zugutekommt.

... und einer gemischten Nutzung zugeführt werden, die dem Prinzip der Gemeinnützigkeit verpflichtet ist. ...

Die Initiative nimmt keine Debatte vorweg, was auf dem Areal zukünftig entstehen soll. Sie legt aber einerseits fest, dass es eine vielfältige Nutzung - zum Beispiel von Wohnen, Gewerbe, Kultur, öffentlichem Raum - geben soll. Andererseits gewährleistet das Prinzip der Gemeinnützigkeit, dass die Allgemeinheit vom Areal profitieren kann.

... Das Areal soll einer Trägerschaft im Baurecht abgegeben werden, ...

Die Abgabe im Baurecht ermöglicht jährliche Baurechtszinsen und eine demokratische Kontrolle über die zukünftige Gestaltung des Obertors. Das ist finanzpolitisch, aber auch aus Sicht des Städtebaus wichtig.

... die mindestens bei der Hälfte der Geschossflächen eine Vermietung nach dem Prinzip der Kostenmiete garantiert.“

Die Trägerschaft verpflichtet sich damit, auf mindestens der Hälfte der Geschossflächen Mieten zu verlangen, die der Deckung der laufenden Kosten entsprechen und kein Profit abwerfen. Das garantiert bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume und verhindert Luxuswohnungen am Obertor.

So kann am Obertor ein vielseitiges, zukunftsweisendes, lebendiges, ökologisches, spannendes und bezahlbares Quartier entstehen, das das Gesicht von Winterthur prägt.

Renate Dürr, Gemeinderätin Grüne, Co-Präsidentin Grüne

Geschichte fortsetzen – einen Mehrwert für alle schaffen

Der Winterthurer Stadtbaumeister Wilhelm Bareiss baute von 1862 bis 1864 direkt neben dem alten Lörlibad die Bad- und Waschanstalt und somit auch das erste Schweizer Hallenbad. Der westliche Teil des Gebäudes enthielt die Waschgelegenheiten und im Mittelteil waren zwölf Marmorwannenbäder und zwei Duschzellen, ein türkisches Bad und ein Abkühlzimmer untergebracht. Das Schwimmbad (12 x 8 m) am Ostflügel hatte seinen Eingang von der Ecke Neustadt/Badgasse her. Die Innenausstattung war in Anlehnung an die Badekultur des Orients im maurischen Stil mit Hufeisenfenstern ausgeführt worden. Der Hochkamin hatte sogar die Form eines Minaretts.

Die Benützung des Bades erfolgte nach einem exakten „Fahrplan“ Geschlechter getrennt unter der strengen Aufsicht des Bademeisters und Heizers Hirzel. Turnlehrer Niklaus Michel erteilte der Jugend Schwimmunterricht. Nach der Eröffnung des Freibades Geiselweid 1911 hatte das „Schwümbi“ ausgedient. Das Hallenbad wurde 1923 geschlossen. Da die Badeanstalt noch immer eine grosse Nachfrage hatte, wurde deren Betrieb noch bis 1977 weitergeführt. Zu viele Altstadt-Liegenschaften hatten keine Badezimmer. Das Hallenbad wurde umgebaut und ein Zwischenboden eingesetzt. Der Raum diente danach viele Jahre als Gantlokal und sollte 1973 abgebrochen werden. Nur ein Bürgerprotest liess dies verhindern. Die Fassaden blieben erhalten, nur das Innere wurde komplett neu gestaltet. Seit vielen Jahren sind Büros der Stadtpolizei hinter diesen altehrwürdigen Mauern untergebracht. Im speziellen sind das die Wirtschafts- und Gewerbepolizei. Das Haus ist erst seit 2009 in städtischem Besitz.

Die Geschichte des Areals zeigt auf, dass sie für eine gemischte Nutzung besonders geeignet ist. Es bietet Platz für Kultur, Gewerbe und Wohnraum. Das heutige Polizeigebäude befindet sich an einer ausgezeichneten, zentralen Lage. Mit baulichen Massnahmen soll eine ökologische Verbesserung erzielt werden. Mit der Verdichtung soll für künftige Bewohnende, Gewerbetreibende und Kulturschaffende eine Lebensform geschaffen werden, die sowohl Begegnungszonen ermöglicht als auch individuelle Freiräume schafft.

Nico Feer, Vertreter IG Obertor

Ideen zum Obertor

In einem lockeren Format fand im letzten Frühjahr per Aufruf der Kulturlobby eine Ideengruppe zum Obertor statt. Wir gaben gewisse Vorgaben: so sollte keine zusätzliche Eventbühne in die Stadt kommen. Auch sind die vorhandenen Räumlichkeiten sehr kleinräumig und für gewisse Zwecke ungeeignet. Es zeigte sich schnell, dass die Möglichkeiten trotz diesen Vorgaben vielfältig sind und sich ein ideologischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Nutzen für die Stadt leicht ersinnen lässt.

Hinsichtlich des langsam gewachsenen Lagerplatz-Areals, einem heutigen Vorzeigort, in dem sich zahlreiche Start-Ups, Kultur- und Tourismus-Magnete finden lassen, erwogen auch wir die Möglichkeit, dass wir dem Areal Zeit lassen müssen und nicht mit dem Brecheisen ein Millionen-Konzept dort hineindrängen sollten.

Folgende Vorschläge in kombinierter Art und Weise sind bereits angedacht:

Proberäume und partizipative Gartennutzung

Die Innenräume werden als Proberäume (Musik / Theater / Ateliers) vergeben. Sie können flexibel und als Zwischennutzung gebraucht werden. Der Aussenraum wird als Gartenfläche genutzt. Er kann für unterschiedliche Nutzungsformen freigegeben werden, soll aber gemeinnützig sein.

Freiräume - Raum zum Spielen, Tauschbörse und Kindergarten

Offene Ateliers für Künstler und Kunsthandwerker, in denen Kunst beziehungsweise Handwerk geschaffen wird. Es soll auch hier eine partizipative Nutzung angeboten werden bei der Besucher des Areals mitarbeiten können. Im Gebäude ist auch ein Kindergarten mit Kunst- bzw. Handwerkfokus eingemietet, der die Ateliers aktiv in den Kindergartenalltag einbezieht. Künstler erhalten faire Mietkonditionen, verpflichten sich zu künstlerischer Arbeit mit Kindergartenknirpsen.

Architektur

Damit Freiräume zur Verfügung gestellt werden können und sich für unterschiedliche Projekte eignen, müssen sie möglichst offen sein. Die Wände des Gebäudes werden aufgebrochen und flexible Räume geschaffen. Auch Teilzeitnutzung soll möglich sein.

Bargeldlose Angebote in Form einer Tauschbörse

Die Künstler bzw. Handwerker können nach eigenem Gutdünken an Stelle von Bargeld auch Tauschgeschäfte eingehen. Haarschnitt gegen geflicktes Velo etc. Hier sollen die Kapazitäten der Bevölkerung abgeholt werden.

Volksbad, Arbeitsbörse, Pop-Up-Restaurant

Im Innenhof soll ein Bad im Stile eines Volksbades betrieben werden mit Wellness-Angebot zu Volkspreisen. Ein Pop-Up-Restaurant wird von jährlich wechselnden Betreibern geführt. Weil die Infrastruktur nicht organisiert wird, wird Streetfood-Küche bevorzugt. Aber auch eine Sackgeldbörse für Jugendliche, Rent-A-Rentner und eine Jobbörse für Asylsuchende könnten angesiedelt werden und somit Generationen und Kulturen vernetzen.

Künstlerpark, Kloster, Start-Ups

Winterthur ist ein Freikirchenzentrum in der Schweiz. Offensichtlich sehnen sich die Winterthurer stark nach spirituellem Halt. In einem Kloster sollen Mönche verschiedener Religionen angesiedelt sein. Ihre Aufgabe ist nicht Rekrutierung neuer Mitglieder, sondern sie sollen für die Öffentlichkeit da sein und diese in Lebens- und Glaubensfragen unterstützen.

Im Innenhof erhalten verschiedene Künstler im Jahresturnus die Möglichkeit einen Künstlerpark zu gestalten. Der Ort ist frei zugänglich und soll zum Verweilen und zur Begegnung einladen. Unterstützt von erfahrenen Institutionen bietet der Standort auch optimale Voraussetzungen für junge Start-Ups. Die Miete soll günstig und die Dauer beschränkt sein. Auch Projekte mit Asylsuchenden werden miteinbezogen.

Kommunale Volksinitiative Stadt Winterthur

Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten

Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt Winterthur unterstützen die Volksinitiative «Obertor: Boden behalten — Winterthur gestalten», welche gestützt auf §§ 120 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte und §§ 13 ff. der Winterthurer Gemeindeordnung in Form der allgemeinen Anregung mit folgendem Wortlaut beim Stadtrat Winterthur eingereicht wird:

Initiativtext: Das gesamte durch den Wegzug der Polizei freiwerdende Areal am Obertor soll im Volksvermögen, das heisst in städtischem Eigentum bleiben und einer gemischten Nutzung zugeführt werden, die dem Prinzip der Gemeinnützigkeit verpflichtet ist. Das Areal soll einer Trägerschaft im Baurecht abgegeben werden, die mindestens bei der Hälfte der Geschossflächen eine Vermietung nach dem Prinzip der Kostenmiete garantiert.

Begründung: Mit dem Wegzug der Stadtpolizei an einen neuen Standort wird in der oberen Altstadt viel Raum für neue Nutzungen frei. Die Entscheidung, was auf den 6100 Quadratmetern geplant wird und entstehen soll, hat grosse Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Altstadt. Als Besitzerin des Areals wird die Stadt jährlich über den Baurechtszins Geld einnehmen, dies ganz im Sinne einer nachhaltigen städtischen Finanz- und Bodenpolitik. Die Verpflichtung, die Hälfte der Geschossflächen nach dem Prinzip der Kostenmiete zu vermieten, garantiert, dass eine breite Bevölkerung von den neuen Nutzungen, die das Areal ermöglicht, profitieren kann.

	Name	Vorname	Geb.-Jahr	Adresse	Unterschrift	Kontrolle
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						

Initiativkomitee: Nico Feer — Theaterschaffender, IG Obertor | David Berger — Gemeinderat AL | Renate Dürr, Co-Präsidentin Grüne | Alfred Rüegg — Architekt, Baubiologe | Mattea Meyer — Nationalrätin SP, Co-Präsidentin SP | Christoph Baumann — Co-Präsident SP | Kathrin Gander — Geschäftsstellenleiterin Mieterinnen- und Mieterverband Winterthur | Liliane Hollinger — Kulturschaffende, IG Obertor

Frist für die Unterschriftensammlung: Diese Initiative wurde am 8. Februar 2018 amtlich veröffentlicht. Die gesetzliche Frist für die Unterschriftensammlung endet am 8. August 2018.

Unterzeichnungsberechtigt, Strafbarkeit: Auf dieser Liste dürfen nur Personen unterschreiben, die in Winterthur stimmberechtigt sind. Wer das Ergebnis der Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt, macht sich nach Art. 281 und 282 StGB strafbar.

Rückzugsklausel: Das Initiativkomitee ist vorbehaltlos ermächtigt, die Initiative durch Mehrheitsentscheid seiner Mitglieder zurückzuziehen.

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel

AL Alternative Liste | SP | GRÜNE Winterthur | MV Mieterinnen- und Mieterverband Zürich Regionalgruppe Winterthur | BVA